

## **Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 12.09.2024**

### **Zu TOP: 9.4**

#### **zum Abbruch des Verkehrsversuches Tribseer Damm**

**Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit, Fraktion AfD**

**Vorlage: AN 0090/2024**

Herr Haack begründet den vorliegenden Antrag. Der Verkehrsversuch Tribseer Damm zeige, dass es vor Beauftragung wichtig sei, die Bürgerschaft auch bei kleineren Maßnahmen zu beteiligen. Die Planungskosten hätten eingespart werden können.

Der Oberbürgermeister meint, dass die Angelegenheit aufgrund der Gegebenheiten am Tribseer Damm komplex sei. Der Verkehrsversuch wird begleitet durch ein Ingenieurbüro. Die Möglichkeiten am Standort können nur durch einen Versuch eruiert werden.

Herr Haack stellt fest, dass der Verkehrsversuch in der Bevölkerung nicht gut ankommt, da Konfliktsituationen entstehen. Gleichwohl bestätigt er die bestehende Problematik vor dem Intercity-Hotel. Er bezweifelt jedoch, dass die Ausmaße des Verkehrsversuchs erforderlich sind, um die geschilderte Problematik direkt vor dem Intercity-Hotel zu lösen.

Herr Haack geht näher auf die Konfliktsituationen ein. Als gravierend bezeichnet er den entstehenden Rückstau. Nach Auffassung der Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit sollte der Verkehrsversuch jetzt beendet, ausgewertet und im Fachausschuss vorgestellt werden.

Herr Dr. Zabel führt aus, dass Zielstellung am Tribseer Damm gewesen sei, die Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmer besser zu gestalten.

Die Mitglieder der Fraktion CDU/FDP haben auch wahrgenommen, dass mit dem Verkehrsversuch die Situation im Straßenverkehr angespannter geworden ist. Daher bestätigt er die Zweifel an der derzeit erprobten Lösung.

Herr Dr. Zabel hinterfragt daher, wie lange der Verkehrsversuch fortgeführt werden soll. Nach Auffassung seiner Fraktion sei es möglich, den Versuch zunächst zu beenden, die Auswertung vorzuziehen und die Ergebnisse in den Ausschüssen für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sowie für Sicherheit und Ordnung vorzustellen.

Herr Bogusch geht umfassend auf die Thematik ein.

Die Durchführung des Verkehrsversuchs erfolgt auf Grundlage der Straßenverkehrsordnung (StVO) und damit als Tätigkeit der Verkehrsbehörde im übertragenen Wirkungskreis. Gemäß § 45 Abs.1 Satz 2 Nr. 6 StVO können die Straßenverkehrsbehörden zur Erforschung des Unfallgeschehens, des Verkehrsverhaltens, der Verkehrsabläufe sowie zur Erprobung geplanter verkehrssichernder oder verkehrsregelnder Maßnahmen die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken beschränken oder verbieten.

Ziel der Verwaltung ist, den verschiedenen Verkehrsteilnehmern (Zufußgehende, Radfahrende, Autofahrende, ÖPNV) gleichberechtigt, unter Berücksichtigung der vorhandenen Platzverhältnisse, bedarfsgerechte Verkehrsanlagen zur Verfügung zu stellen. Auffällig ist, dass die Rad- und Gehwege im Bereich der Bushaltestellen nicht ausreichend breit dimensioniert sind. Dies ist insbesondere stadteinwärts vor dem Intercity-Hotel der Fall. Durch das Geländer und die daran befestigten Fahrräder wird die Nutzungsmöglichkeit des Radweges deutlich eingeschränkt und die Gehwege regelmäßig zu schmal für das erhöhte Fußgänger aufkommen zum Bahnhof.

Da die Straßenbreite vorgegeben ist, kann eine Verbreiterung der Rad- und Gehwege nur zu Lasten anderer Verkehrsflächen erfolgen.

Die Thematik ist bereits häufig im Fachausschuss diskutiert worden. Herr Bogusch zeigt sich offen gegenüber anderen Vorschlägen. Bislang sei jedoch keine andere Lösung gefunden worden, die das beschriebene Problem aufhebt.

Herr Bogusch merkt an, dass der Bereich am Bahnhof in den 90er-Jahren geplant wurde. Zu diesem Zeitpunkt führte die B 105 durch die Stadt und es gab noch keine Ortsumgehung. Dementsprechend ist der Bereich auf Grundlage eines anderen Verkehrsaufkommens dimensioniert worden.

Aus Sicht der Verwaltung ist es logisch und sinnvoll, zu überprüfen, ob aufgetretene Verkehrsverlagerungseffekte es ermöglichen, die Verkehrsräume in dem Bereich neu aufzuteilen. Berechnungen hätten ergeben, dass die Leistungsfähigkeit in dem Bereich gegeben wäre. Die jahreszeitlichen Schwankungen können jedoch dazu führen, dass das tatsächliche Verkehrsaufkommen nicht den Berechnungen entspricht.

Im Detail lassen sich rechnerisch Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Richtungsknotenpunkten oder den Schrankenschließungen mit Auswirkungen auf den Verkehrsfluss nicht darstellen.

Herr Bogusch gibt eine Einschätzung zum aktuellen Stand des Verkehrsversuches. Nach etwa einem Monat Verkehrsversuch kommt die Verwaltung zu einem differenzierten Fazit. Stadteinwärts wurde keine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit für den Kfz-Verkehr erkannt. Die Radverkehrsführung auf der Fahrbahn wird weitestgehend angenommen. Optimierungsbedarf wird stadteinwärts bei den Haltepunkten der Radfahrenden, Ecke Bahnhofstraße, gesehen.

Stadtauswärts ist die Leistungsfähigkeit für den Kfz-Verkehr überwiegend gegeben. Es gibt jedoch starke Rückstaueffekte, u.a. bei Schrankenschließungen am Bahnübergang. Die Verwaltung kommt zu dem Ergebnis, den Verkehrsversuch stadtauswärts Anfang kommender Woche zu beenden.

Stadteinwärts spricht sich die Verwaltung dafür aus, den Verkehrsversuch weiter fortzusetzen, da die Ergebnisse bislang positiv sind und weitere Erfahrungen gesammelt werden können.

Herr Bogusch bietet an, sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung über die Ergebnisse auszutauschen.

Herr Schilke begründet die Haltung der Fraktion AfD. Der Verkehrsversuch sei von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. Der Verkehrsversuch sei eine Verschwendung von Steuergeldern gewesen. Ein Abbruch entspräche dem überwiegenden Willen in der Bevölkerung.

Herr Suhr dankt der Verwaltung für die Durchführung des Verkehrsversuches und erinnert an die vielen Debatten im Ausschuss zur Verkehrsplanung bzw. -führung im Bereich Bahnhof. Die geschilderte differenzierte Sichtweise der Verwaltung zum Ergebnis des Versuchs bestätigt die Sinnhaftigkeit der Durchführung.

Herr Suhr spricht sich dafür aus, auf Basis der Ergebnisse sinnvolle Entscheidungen zu treffen. Er begrüßt den von Herrn Bogusch angebotenen Austausch über die Ergebnisse des Verkehrsversuches im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

Herr Leddin berichtet von positiven Rückmeldungen von Radfahrenden sowie Fußgängerinnen und Fußgängern.

Herr Bauschke betont, dass es sich um ein sensibles und komplexes Thema handelt. Der angedeutete Kompromiss erscheint sinnvoll. Herr Bauschke hält es für anerkennenswert, dass die Verwaltung den Mut hat, den Versuch stadtauswärts kurzfristig abzubrechen. Die Richtung stadteinwärts sollte auf Grundlage von Fakten und Sachkenntnis betrachtet werden. Herr Bauschke appelliert an einen sachgerechten Umgang untereinander, um der Thematik gerecht zu werden.

Für die Fraktion CDU/FDP beantragt er nach Geschäftsordnung die Verweisung des Antrages AN 0090/2024 zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

Herr Quintana Schmidt erklärt die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag auf Verweisung des Antrages AN 0090/2024 in den Fachausschuss. Ein Abbruch des Versuches in Gänze wäre kontraproduktiv.

Der Oberbürgermeister bestätigt die Probleme zu Spitzenzeiten. Ungünstige Faktoren seien zudem die parallel stattfindenden Baumaßnahmen am Knieperdamm sowie die Schrankenschließungen. Gleichwohl sei es sinnvoll, Verkehrsversuche vorzunehmen. Herr Dr.-Ing. Badrow stellt klar, dass sich die Leistungsfähigkeit nicht nur durch die Anzahl der Spuren bemisst. Vielmehr seien es Faktoren wie Kreuzungspunkte oder Rückstauf Flächen. Er plädiert dafür, eine abgewogene gemeinsame Entscheidung zu treffen.

Herr Haack teilt nicht die Einschätzungen zum übertragenen Wirkungskreis und zur Unfallhäufigkeit.

Herr Philippen regt an, die VVR bei der Prüfung zu beteiligen.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0090/2024 zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass der Verkehrsversuch am Tribseer Damm sofort beendet wird.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2024-VIII-02-0009

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 27.09.2024